Frank Förster

„Lebensraumkundlich" zur „Wendenfrage"
Wege und Stationen eines Arbeitsgemeinschaftsleiters des Nationalsozialistischen Lehrer-Bundes im Kreis Löbau

Zu den ständigen Aufgaben der wendenpolitisch tätigen Regierungsinstanzen im Dritten Reich gehörte die politische Überwachung des Inlandsschrifttums, das in dieser oder jener Weise auf die Lausitzer Sorben Bezug nahm. Bald sollte diese Aufgabe thematisch auf längst ausgestorbene „Wenden", das heißt auf alle Elbslawen oder Polaben der Vergangenheit, erweitert werden. Solange die wendenpolitische Hauptverantwortung beim Auswärtigen Amt lag, stand die erwähnte Überwachungstätigkeit vornehmlich unter dem Aspekt nachträglicher politischer Schadensbegrenzung. Nachdem aber diese Hauptverantwortlichkeit an das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern (seit 1. Oktober 1938: Reichsministerium des Innern) übergegangen war – ein Vorgang der sich vom Frühjahr 1934 bis zum Frühjahr 1936 hinzog –, nahm die politische Schrifttumsüberwachung in Wendensachen zunehmend den Charakter einer entsprechenden Vorzensur an. Der vielbeschäftigten so genannten Publikationsstelle Dahlem sollte damit eine weitere Aufgabe zufallen. Dem Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern in Berlin unterstellt war über die Sächsische Staatskanzlei in Dresden die so genannte Wendenabteilung, die als Überwachungsbehörde vor Ort aus Tarnungsgründen in den Apparat der Amtshauptmannschaft Bautzen eingebaut war. Als Leiter der Wendenabteilung fungierte der Bautzener Amtshauptmann.

Am 24. Oktober 1936, zu einem Zeitpunkt also, als die neue „Kommandokette" Reichs- und Preußisches Ministerium des Innern – Sächsische Staatskanzlei – Wendenabteilung bereits voll funktionierte, wandte sich der Bautzener Amtshauptmann mit einem Schreiben an die Dresdener Staatskanzlei, in dem er auf eine kürzlich erschienene wendenpolitisch relevante Schrift aufmerksam machte. Ein Exemplar derselben, um dessen Kenntnisnahme und Rückgabe ersucht wurde, lag dem Brief bei.[1] Es handelte sich um das 11. Heft der von der NSDAP-Gauleitung Sachsen, Amt für Erzieher, Hauptstelle Erziehung und Unterricht, herausgegebenen Schriftenreihe „Bausteine für die deutsche Erziehung". Bei nicht genannter Auflagenhöhe deuteten diese Angaben darauf hin, dass sich der Wirkungsbereich der Schrift zumindest über die Lehrerschaft ganz Sachsens erstreckte, ein Aspekt, auf den noch zurückzukommen sein wird. Unter dem Titel „Die Schule als Pflegstätte bevölkerungspolitischer Aufgaben" präsentierte hier Walter Reche Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft für Erdkunde im Kreis Löbau des Nationalsozialistischen Lehrer-Bundes (NSLB).[2]

Im Vorwort dankte Reche als Leiter der Arbeitsgemeinschaft seinen Mitarbeitern, „den Berufskameraden im Kreise Löbau", der Amtshauptmannschaft, dem Bezirksschulamt, der Kreisamtsleitung des NSLB und weiteren Instanzen.[3] Die Anregung zu der von ihm geleiteten Gemeinschaftsarbeit hatte er als Löbauer Kreissachbearbeiter für

---

[1] Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Außenstelle Bautzen, W VI-2/E

[2] Reche, Walter, Die Schule als Pflegstätte bevölkerungspolitischer Aufgaben. Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft für Erdkunde im Kreise Löbau des NSLB-Sachsen. Leipzig 1936, 96 S.

[3] Ebenda, S. [4]

Erdkunde des NSLB im Oktober 1934 auf einem Schulungskursus vom zuständigen Gausachbearbeiter erhalten.[4]

Nach der distanzierenden Aussage, „dass die liberalistische Auffassung der Wissenschaft mit ihrer rein verstandesmäßigen Struktur ohne persönliche Bindung an den Forschungsstoff zu wertlosen, ja volksfeindlichen Schlüssen kommen kann“[5], demonstrierte er die von ihm und seinen Mitarbeitern gewählte Vorgehensweise. Einer vierstelligen Zahl von Schulkindern des Kreises Löbau der Geburtsjahrgänge 1922–1928 waren folgende Informationen abgefragt worden:

„Ich wohne in ...
Ich, ..., bin geboren in ...
Mein Vater ist geboren in ...
Der Vater meines Vaters ist geboren in ...
Die Mutter meines Vaters ist geboren in ...
Meine Mutter ist geboren in ...
Der Vater meiner Mutter ist geboren in ...
Die Mutter meiner Mutter ist geboren in ...“[6]

Nach den entsprechenden, wenig besagenden Angaben wurden im „lebensraumkundlichen“[7] Sinne so genannte Zuzugskarten gezeichnet, aus denen „bevölkerungspolitische Ergebnisse“[8] von erstaunlicher Tragweite hervorgehen sollten. Einen diesbezüglichen Vorgeschmack vermittelte Reche in einem I. Kapitel „Vom Sinn der Zuzugskarte“[9]. Hier hieß es unter anderem:

„Dass Vorfahren jüdischer Familien, die wegen des vierzig- bis fünfzigjährigen Besitzes eines Geschäftes als ‚alt‘ eingesessen gelten, doch noch mehrere Vorfahren besitzen, die um 1850 jenseits der deutschen Ostgrenze geboren sind, lässt auch in dem kleinen Orte die Judenfrage aktuell werden. Die Tatsache, dass in fast jedem Dorfe nördlich von Löbau unter den Schulkindern zwei bis vier Kinder anzutreffen sind, deren Vorfahren polnischer Herkunft sind und deren Eltern zu Hause Polnisch sprechen, die selbst aber recht gut Deutsch sprechen, durchaus der Hitlerjugendbewegung zugetan sind und sich den Ideen der Bewegung offen zeigen, führt dem Lehrer unmittelbar die praktischen Aufgaben einer Volkstumsarbeit vor, wie sie der Bund Deutscher Osten zu leisten gewillt ist. Erfährt er dann, wie die Eltern vom polnischen Westmarkenverein unterstützt werden, wie diese Kampfbewegung für polnisches Volkstum zeitweisen Privatunterricht in polnischer Sprache finanziert, die Kinder zu Urlaubsfahrten nach Polen einlädt, und wie die Bindung an den katholischen Glauben das unmittelbare Aufgehen im deutschen Volkstume inmitten einer rein evangelischen Bevölkerung erschweren kann, so sieht er mit anderen Augen die Aufgaben, die an der deutschen Ostgrenze in Schlesien, in Pommern und in Ostpreußen der Lösung harren. Er gewinnt Verständnis dafür, dass diese Volkstumsarbeit nicht nur durch Regierungsmaßnahmen oder Verordnungen geleistet werden

[4] Ebenda, S. 9
[5] Ebenda, S. 18
[6] Ebenda, S. 84
[7] Ebenda, S. 9
[8] Ebenda, S. 19
[9] Ebenda, S. 9

kann, sondern auch eine vom Volke selbst zu leistende Kleinarbeit im Alltage sein muss."[10]

Solche Erkenntnisse konnten weder aus einer trigenerativen Geburtsort-Ermittlung noch aus danach gezeichneten „Zuzugskarten" hervorgehen. Sie mussten aus anderen Quellen stammen. Um diese Tatsache zu bemänteln, bediente sich Reche des Verfahrens, der von ihm präsentierten Mischung tatsächlicher und scheinbarer Untersuchungsergebnisse einerseits „wissenschaftliche"[11] Aussagekraft zuzusprechen, andererseits aber auf anderweitige Quellenhinweise völlig zu verzichten. Der unkritische Leser musste so den falschen Eindruck gewinnen, dass die in der Schrift getroffenen Aussagen sämtlich aus der von Reche geleiteten Gemeinschaftsarbeit forschender Erdkundelehrer des Kreises Löbau erwachsen wären. In Wirklichkeit wurden jedoch unter dieser Etikettierung Behauptungen mit dem Schein des Beweises versehen, die ganz anderer Herkunft waren.

Das traf offenkundig auf jene Aussagen zu, die sich in Reches Broschüre auf Sorben bezogen und so das Interesse der Bautzener Wendenabteilung geweckt hatten. Aus den Erhebungsergebnissen der Recheschen Arbeitsgemeinschaft konnten sie kaum resultieren. Der Verfasser, der sich selbst bieder als „Berichterstatter" bezeichnete,[12] fand seinen Sorbenzugang über die Tschechenfrage, die ihn als eifrigen Verfechter des sächsischen Grenzlandgedankens, der 1919 akut, seitdem aber leider zu wenig populär geworden sei, neben der ständigen Aufgabe, „die Sudetendeutschen nicht zu vergessen"[13], besonders beschäftigte. In seinem Textabschnitt II.4. „Die Herkunft der Vorfahren und die Feststellung der Zuzugswege" las sich das folgendermaßen:

„Auf sudetendeutschem Boden erweisen sich nun als Zuzugsgebiete der gesamte Raum bis hinüber an den Böhmerwald und hinunter nach Olmütz mit seinen Sprachinseln. Klar schält sich dieser Raum bei allen Karten heraus, so dass von einer Einwanderung tschechischen Volkstums in die Lausitz keine Rede sein kann. Pantschechische Literatur hat selbst in Kennern der Ostgrenzverhältnisse in dieser Beziehung Verwirrung angerichtet. Die Zahl der wirklich tschechischen Vorfahren unter den 25 175 Vorfahren ist etwa mit 20 anzunehmen. Sie sind unter den Ausländern [...] gezählt. In diesem Zusammenhange ist noch besonders auf die Prozentzahlen von Hochkirch [...] (0 %) und Kotitz (1 %) hinzuweisen. Diese beiden Orte besitzen einen größeren Teil an Vorfahren, die aus dem noch in stärkerem Maße wendischsprechenden Bevölkerungsgebiete stammen [...]. Hochkirch selbst wird im Kreise Löbau wegen der besonders ausgeprägten Pflege der stammeseigentümlichen Prägungen der wendischsprechenden Bevölkerung, deren Volksgut von deutscher Seite gepflegt, gefördert, ja oft erst wieder ausgegraben worden ist, als Mittelpunkt dieses Volkstums bezeichnet. Stellt man aber an den Absolutzahlen noch fest, dass Hochkirch als ‚böhmische' Vorfahren eine Großmutter aus dem Teplitzer Bezirk mit zwei Enkelkindern, eine Großmutter aus Schluckenau und einen Großvater aus Rumburg besitzt, dass bei Kotitz der Vorfahre eine Großmutter aus Nordböhmen mit drei Enkelkindern ist, so müssten die tschechischen ‚Freunde der Lausitzer Wenden' – sofern sie der Wahrheit die Ehre geben wollen – zugeben: 1. dass weder in der Großvätergeneration noch heute Verbindungen zum tschechischen Volksboden bestanden haben noch bestehen, 2. dass die zahlenmäßig

[10] Ebenda, S. 12 f.
[11] Ebenda, S. 74
[12] Ebenda, S. 34
[13] Ebenda, S. 82 f.

ganz geringen Vorfahrenverbindungen nach der Tschechoslowakei aus der Großvätergeneration unzweifelhaft sudetendeutschen Blutes sind. Die Zahlen offenbaren den klaren Unterschied der Lage auf beiden Seiten der Grenze. Hier ein von den Tschechen um außenpolitischer Zielgründe willen aus dem Verstande konstruierter Brüdergedanke, dort ein durch Herz und Blut verbundenes gleiches Volkstum mit unseren sudetendeutschen Brüdern."[14]

Um eine solche Überinterpretation der wenig belangvollen Erhebungsergebnisse seiner „lebensraumkundlichen" Arbeitsgruppentätigkeit noch zu steigern, versuchte Reche, das Wendenproblem anschließend auch von der Polenfrage her anzugehen. In einem Unterabschnitt zu den im Ausland „ohne sudetendeutsches Gebiet" geborenen Erfassten hieß es dazu: „Außer in Herrnhut [..., Sonderfall: weltweite Mission der Brüdergemeine] ist nur in Kotitz (4 %) und in Maltitz (12 %) ein wesentlicher Einfluss festzustellen. [...] Der hohe Satz in den beiden Dörfern des Nordens [Kotitz und Maltitz] beruht auf der liberalistischen Wirtschaftspolitik des Rittergutsbesitzers, der den polnischen Landarbeiter wegen seiner geringeren Lohnforderungen und niedrigeren Lebensansprüche an Wohnung und Kleidung hereinholte. Heute durch den im Volkstumskampf rührig arbeitenden polnischen Westmarkenverein unterstützt, stellen sie Zellen dar, die wohl zu den Pfeilern jener Brücke geworden sind, die wenige wendische ‚Radikalinskis' nach den ausbleibenden sichtbaren Erfolgen zur tschechischen Seite hin zu den Polen geschlagen haben. So deckt auch hier die Zuzugskarte Sünden im Volkstumskampfe auf."[15]

Die Einbeziehung der so genannten Wendenfrage in den „Volkstumskampf" stand in eklatantem Widerspruch zu der folgenden ethnischen „Bewertung" der Sorben durch Reche, die zwar von den Beispielen Hochkirch (sorbisch: Bukecy), Kotitz (Kotecy), Maltitz (Malećicy), Lautitz (Łuwoćicy) und Weißenberg (Wóspork) ausging, darüber hinaus aber bewusst offen gehalten war:

„Bekanntlich geht der wendische Sprachgebrauch von Generation zu Generation immer mehr zurück. So musste z. B. in Kotitz der Zusatzunterricht in wendischer Sprache eingestellt werden, weil sich keine Kinder mehr meldeten. In den Randorten – so Lautitz und Maltitz – wird es als Seltenheit bezeichnet, wenn eine Großmutter im Hause noch wendisch spricht. Würden nicht Agitatoren aus persönlichen Gründen und tschechische und polnische Interessenten mit Hilfe fremder Mittel im Trüben fischen wollen, so wäre von einer Frage der wendischsprechenden Bevölkerung überhaupt nicht mehr die Rede. Jedenfalls sind alle Gelegenheiten freier Abstimmungen – überwältigend die Abstimmung am 29. März 1936[16], wo in den meisten Orten dieses Gebietes bei 100%iger Wahlbeteiligung sich eine 100%ige Stimmenabgabe für den Führer ergab – von der wendischsprechenden Bevölkerung stets ergriffen worden, um ein Bekenntnis zu ihrem Deutschtum abzulegen. Dass die wendischsprechende Bevölkerung einen anderen Sprachschatz, eine andere Färbung der Aussprache, ein eigenes Brauchtum, besondere Siedlungsformen und Eigenheiten der Feldbestellung besitzt, ist ebenso als Eigentümlichkeit eines deutschen Stammes zu werten, wie die Unterschiede zwischen Bayern, Schwaben und Franken. Auf gleichem Felde liegen auch die Unterschiede zwi-

[14] Ebenda, S. 54, 56

[15] Ebenda, S. 56

[16] Gemeint war die so genannte Reichstagswahl vom 29. März 1936, die eine Billigung der Politik Hitlers mit insgesamt 98,8 Prozent Ja-Stimmen ergab. Juden waren zum ersten Mal von der Reichstagswahl ausgeschlossen.

schen dem Lausitzer Reichsdeutschen und dem sudetendeutschen Menschen. Diese reichen Tönungen deutschen Volkstums sind auch noch in kleineren Bezirken vorhanden, wofür die Orte des Lausitzer Oberlandes durch die wechselnden Färbungen des Dialektes einen schlagenden Beweis geben."[17]

In der Zusammenfassung der ‚Zuzugskarten'-Betrachtung hielt es Reche für angebracht, das vorstehende Resultat seiner „Wendenbeurteilung" noch zu überbieten: „Neben diesem Ergebnis zeigen die „Zuzugskarten" der nördlichen Orte, dass die Wendenfrage bei der starken Durchsetzung mit lausitzischen, westsächsischen und schlesischen Bestandteilen keine Volkstumsfrage, sondern ein durch den Boden bedingtes, sozialwirtschaftliches Problem ist. Diese Voraussetzungen haben eine deutsche und sich zum Deutschtum bekennende Bevölkerung geschaffen, deren Sprache als Mundart und deren Brauchtum als Eigentümlichkeit zu werten ist wie bei anderen deutschen Stämmen."[18]

Die „Wendenfrage" keine Volkstumsfrage und die Wenden ein deutscher Stamm: Das war bisher öffentlich nur von einer Seite verlautbart worden, von der sächsischen Landesgruppenleitung des Bundes Deutscher Osten (BDO) unter Führung des Löbauer Kreisleiters der NSDAP, Hans Reiter. Der ehemalige landwirtschaftliche Inspektor, NSDAP-Mitglied seit 1930 und Kreisleiter der Partei seit 1931 (hauptamtlich seit 1932), residierte von 1933 an in seinem Machtbereich wie ein Satrap. Im Juni 1935 wurde er vom sächsischen Reichsstatthalter, Gauleiter Martin Mutschmann, zusätzlich als Landesgruppenleiter des BDO in Sachsen bestätigt. Das bedeutete weiteren politischen Machtzuwachs, den Reiter rigoros auszunutzen suchte.[19] Sein Amtssitz, das Löbauer Martin-Mutschmann-Haus, wurde alsbald zum Ausgangspunkt jener Tschechen-, Polen- und Wendenhetze, die aus Reches zunächst harmlos anmutendem Ergebnisbericht so unvermittelt hervortrat.

Die Tatsache vor allem, dass unter dem pädagogischen Titel mit der skurrilen Wortbildung „Pflegstätte" kaum jemand solche Ausbrüche rabiater BDO-Propaganda vermutete und wohl auch deshalb entsprechender Protest im In- und Ausland ausblieb, mag die wendenpolitisch befassten Regierungsstellen veranlasst haben, den Fall Walter Reche auf sich beruhen zu lassen. Ein weiterer wichtiger Grund für dieses Verhalten war sicher darin zu sehen, dass man gleichzeitig mit einem tatsächlich öffentlichen Ärger bereitenden Fall von Übereifer eines prominenteren Wendenforschers, des Breslauer Volkskundeprofessors Walther Steller, beschäftigt war.[20] Und schließlich wurde seit 1935 unter Inanspruchnahme aller Glieder der eingangs erwähnten neuen wendenpolitischen „Kommandokette" vertraulich versucht, dem Bund der Lausitzer Sorben (Wenden) „Domowina" (Heimat) eine neue Satzung als „Bund wendisch-sprechender Deutscher" aufzuzwingen. Die so genannte Wendenfrage wäre damit als ethnisches Problem auf eine Weise „gelöst" worden, die dem durch Reche entliehenen sorbenbezüglichen Vokabular Reiters auffallend geähnelt hätte. Ob die Sächsische Staatskanzlei dem Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern über Reches Broschüre überhaupt berichtete, bleibt angesichts der lückenhaften Aktenlage ungewiss. Sicher scheint ledig-

---

[17] Reche, a. a. O., S. 59 f.

[18] Ebenda, S. 73

[19] Förster, Frank, Die Wendensicht des Bundes Deutscher Osten. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 68. Bd., 1997, S. 243–250

[20] Förster, Frank, Das Wendenbild der NS-Wissenschaft. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 64. Bd., 1993, S. 180 ff.

lich, dass die vornehmlich vom Berliner Innenministerium gelenkte Publikationsstelle Dahlem unter dem Aspekt der politischen Zweckmäßigkeit von Reches gedruckten Wendenattacken gutachtlich nicht eingeschaltet wurde.

Eine interessante Frage ist die, ob Pawoł Nedo, der junge Vorsitzende der Domowina, der im Herbst 1936 durch eine brillante Replik den erwähnten Fall Walther Steller auslöste, Kenntnis von Reches etwa gleichzeitig erschienener Schrift nahm. Immerhin war er im darin exemplarisch genannten Kotitz geboren und von 1934 bis 1937 im nahen Dorf Rackel (sorbisch: Rakojdy), Kreis Bautzen, als Lehrer tätig. Die kürzlich durch Annett Bresan vorgelegte historische Nedo-Biografie[21] beantwortet diese Frage nicht.

Nedo hat auf die antisorbischen Passagen in Reches Broschüre offenbar publizistisch nicht reagiert, wozu es ihm sicher nicht an Mut gefehlt hätte. Möglich, dass Nedo, obwohl auch er Mitglied des Nationalsozialistischen Lehrer-Bundes war, wegen seiner NS-politischen Unzuverlässigkeit die Rechesche Kampfschrift nicht ausgehändigt bekam. Möglich aber auch, dass er, anders als im Fall Steller, auf eine öffentliche Entgegnung verzichtete, weil sich Walter Reche im Hinblick auf die Sorben lediglich als Kolporteur jener konfusen BDO-Behauptungen erwies, deren eingehende Widerlegung Nedo schon früher als sinnlos unterlassen hatte.

Da der Bund Deutscher Osten in Sachsen seine Anti-Wenden-Propaganda von Anfang an, also seit Juni 1935, um die so genannte Wendenfrage nicht unnötig aufzubauschen, auf die sächsische Oberlausitz konzentriert hatte, dürfte die dortige Lehrerschaft aus Reches Broschüre diesbezüglich kaum Neues erfahren haben. Anders verhielt es sich dagegen mit jenen mittel- und westsächsischen Berufskollegen, die durch die gauweite Verbreitung der Schrift erstmalig wendenpolitisch indoktriniert wurden. Vermutlich hat die Broschüre die von den Dienststellen der staatlichen Wendenpolitik im Dritten Reich weniger wichtig genommen wurde, durch ihre Verteilung an Multiplikatoren außerhalb des sorbischen Siedlungsgebietes den Sorben am meisten geschadet.

Die Frage, was Walter Reche, der der NSDAP erst 1937 beitrat, veranlasst haben mochte, sich in seinem erdkundlichen Ergebnisbericht bei Reiter derart übertrieben anzudienen, ist einer phänomenologischen Betrachtung wert. Unter dem gleichen Aspekt interessieren einzelne Stationen dieses Wendenforschers aus Übereifer.

Der 1893 geborene Walter Reche bestand 1914 an der Dreikönigsschule in Dresden-Neustadt die Reifeprüfung und nahm zum Sommersemester desselben Jahres ein mathematisch-naturwissenschaftliches Studium an der Technischen Hochschule Dresden auf. Als Kriegsfreiwilliger Ende Oktober 1914 durch Schulterschuss schwer verwundet, verbrachte er einen Großteil der weiteren Kriegszeit in Lazaretten. 1919 bestand er die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen und erwarb die Lehrbefähigungen in Mathematik, Physik und Geographie. Seine erste ständige Anstellung erhielt er 1920 als Studienrat an der Realschule mit Progymnasium in Löbau, welche 1923 in eine so genannte Deutsche Oberschule (mit Realschulzug) einging. Walter Reche hatte also jene „liberalistische Auffassung der Wissenschaft", die er 1936 rückblickend schmähte, nicht nur in sich aufgenommen, sondern auch langjährig vermittelt. Sein Spezialgebiet wurde der Geographieunterricht, für den er sich überdurchschnittlich engagierte.[22]

---

[21] Bresan, Annett, Pawoł Nedo 1908–1984. Ein biographischer Beitrag zur sorbischen Geschichte. Phil. Diss. TU Chemnitz, 2000, 367 S.

[22] Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Ministerium für Volksbildung. Höhere Schulen, Personalakte Walter Reche

Dem Nationalsozialistischen Lehrer-Bund stand Reche in den ersten Monaten nach Hitlers Machtergreifung noch reserviert gegenüber, vollzog aber im Herbst 1933 den nun faktisch unvermeidlich gewordenen Eintritt.[23] Erfahrene Fachleute waren gesucht, und so erhielt Reches Mitgliedskarte den Vermerk „Kreissachbearbeiter für Erdkunde im NSLB seit 1934"[24]. Die folgenden zwei Jahre waren für Reche durch intensive Freizeitarbeit an jenem „lebensraumkundlichen" Gemeinschaftsprojekt geprägt, dessen fatale sorbenbezügliche Scheinerkenntnisse bereits erörtert wurden. Ihre Abfassung fiel just in jene Monate, in denen sich der eigentliche politische Machthaber des Kreises Löbau, Kreisleiter Hans Reiter, in seiner Eigenschaft als sächsischer Landesgruppenleiter des Bundes Deutscher Osten als der wohl fanatischste Bekämpfer der so genannten Wendenbewegung profilierte und damit rechtzeitig seine SS-Laufbahn während des Zweiten Weltkriegs ebnete.[25] Reche war 1936, wie gesagt, noch gar nicht NSDAP-Mitglied. Doch er war, wie seine „Pflegstätten"-Schrift zeigte, vehement entschlossen, sich NS-politisch stärker zu positionieren. Als von Löbau aus slawenfeindliche BDO-Phrasen über das ganze – noch so wenig grenzlandbewusste – Sachsen verbreitet wurden, hielt es der Löbauer Kreissachbearbeiter für Erdkunde im NSLB für geraten, sich ihrer weit über den Sachbezug der von ihm geleiteten Gemeinschaftsarbeit hinaus publizistisch zu bedienen.

Reches schulische und außerschulische Initiativen hatten besonders im Sächsischen Ministerium für Volksbildung Anerkennung gefunden, was 1940 in einer Verleihung des Treudienst-Ehrenzeichens 2. Stufe zum Ausdruck kam. Als der Genannte zum 1. April 1941 an die im Aufbau begriffene Lehrerbildungsanstalt Löbau abgeordnet und vom 15. Mai 1941 an mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Direktors der sogenannten LbA beauftragt wurde, mag außer seiner besonders seit 1935/36 bewiesenen Einsatzfreude noch ein anderer Gesichtspunkt bedeutsam gewesen sein: Reche war als Schwerbeschädigter des Ersten Weltkriegs nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor Einberufung sicher, konnte also in seinem neuen Amt Kontinuität gewährleisten. Auf der anderen Seite war der Studienrat Weimarer Provenienz kein „Alter Kämpfer" der NS-Bewegung, ja nicht einmal ein so genannter Maikäfer, das heißt NSDAP-Mitglied mit Wirkung vom 1. Mai 1933, dem frühestmöglichen Aufnahmedatum nach Hitlers Machtergreifung. Walter Reche verkörperte also nicht eben den Idealtyp eines nationalsozialistischen LbA-Direktors. Dazu hätte er vielleicht auch etwas jünger sein müssen. Hinzu kam, dass Reche nach Einschätzung seines ihm im Übrigen durchaus wohlgesonnenen Vorgesetzten im Dresdener Volksbildungsministerium „in mancher Hinsicht einen besonderen, vielleicht kantigen Charakter"[26] besaß, was im individualitätsfeindlichen Dritten Reich keineswegs karrierefördernd wirkte. Ministerialdirigent Schmidt-Bodenstedt vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, der auf einer Inspektionsreise am 17. September 1943 in Löbau weilte, urteilte folglich in seinem Bericht:

„Der Leiter der Anstalt, Studienrat Reche, ist sehr stark von sich eingenommen und scheint Belehrungen wenig zugänglich zu sein."[27]

---

[23] Bundesarchiv, Berlin, Bestand BDC, NSLB-Karteikarte Walter Reche

[24] Ebenda

[25] Förster, Die Wendensicht des Bundes Deutscher Osten, a. a. O.

[26] Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, a. a. O., Einschätzung Oberregierungsrat Lindner, 8. März 1945

[27] Ebenda, Bericht Ministerialdirigent Schmidt-Bodenstedt, 27. Oktober 1943

Maßnahmen zur „Abstellung der durch Herrn Ministerial-Dirigenten Schmidt-Bodenstedt bei seinem Besuch am 17. 9. 1943 ausgesprochenen Beanstandungen“[28], wie zum Beispiel die zusätzliche Beschaffung von zwölf Führerbildern im Wert von 600 Reichsmark, konnten nicht mehr bewirken, dass Reches Wahrnehmungsdirektorat in eine vollwertige Direktoren-Planstelle umgewandelt wurde.

Der Zusammenbruch des Hitlerreichs trieb die Lehrkräfte und Jungen der Lehrerbildunganstalt Löbau, sofern sie nicht in der Stadt oder ihrer näheren Umgebung beheimatet waren, auf die Flucht. Ihr Treck führte durch Nordböhmen bis in die Nähe von Bad Schandau, wo er sich auflöste und jeder Teilnehmer seiner Wege ging. Walter Reche, der damals in Löbau wohnte, war dort zurückgeblieben.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs endete auch die zur NS-Zeit aufgebaute Lehrerbildungsanstalt Löbau. Die Angehörigen des Lehrkörpers waren stellungslos und galten als mehr oder weniger politisch belastet. Bei Anstaltsleiter Reche war dies selbstverständlich in relativ höherem Maße der Fall.

Bedrohlich wurde für Walter Reche, dass er, der als Leiter der Löbauer LbA den Ehrenrang eines Obergefolgschaftsführers der Hitlerjugend innegehabt hatte, im Juni 1945 polizeilich unter Werwolf-Verdacht vernommen wurde.

„Bei der Vernehmung gab Reche seine Aussagen betr. Werwolf ohne jedes Zögern ab.“[29]

Offensichtlich gelang es ihm, glaubhaft zu versichern, mit der SS-Inszenierung des Werwolfs nichts zu tun gehabt zu haben.

Jahre vergingen. Nach Einzelfallprüfung wurden in bestimmten Etappen auch NS-belastete so genannte Altlehrer wieder zum Schuldienst zugelassen. Reche war verständlicherweise zunächst nicht darunter. Erst nach dem 17. Juni 1953, konkret am 28. August, schrieb der Rat der Stadt Görlitz, Abteilung Volksbildung, an den Rat des Bezirkes Dresden, Abteilung Volksbildung, betreffs wiedereingestellte Lehrer:

> „Mit Wirkung vom 1. 9. 1953 wurden 6 Altlehrer wieder eingestellt. [...] Es liegen keine weiteren Gesuche vor. [...]
> Der empfindlichste [Lehrer-]Mangel tritt in den naturwissenschaftlichen Fächern auf.“[30]

Unter den erwähnten sechs Altlehrern muss sich Walter Reche befunden haben. Eine Liste über die Zusammensetzung des Lehrkörpers der Oberschule Görlitz nach dem Stand des Schuljahrs 1953/54 enthielt über ihn unter anderem folgende Angaben:

> „Partei: NDPD[31]
> Massenorganisationen: FDGB[32], DSF[33], Kulturbund[34]“[35].

---

28 Ebenda, Bericht Studienrat Reche, 9. März 1944

29 Bundesarchiv, Dahlwitz-Hoppegarten, ZD 1808/55, Objekt 12

30 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Rat des Bezirkes Dresden, Volksbildung, Nr. 6433, Bl. 7

31 Nationaldemokratische Partei Deutschlands

32 Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

33 Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

34 Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands

35 Auskunft des Ratsarchivs Görlitz an den Verfasser, 21. Juli 1998

Diese Informationen motivieren zwar Reches Wiederaufnahme in den höheren Schuldienst. Sie sind aber an sich keine Indizien dafür, dass es den Genannten in seinen letzten Arbeitsjahren drängte, nunmehr unter DDR-Verhältnissen politisch hervorzutreten. Doch das wäre, um Rudyard Kiplings geflügeltes Wort zu gebrauchen, ohnehin „eine andere Geschichte".

Die Anerkennung der Sorben als nationale Minderheit in Sachsen noch vor der Gründung der DDR hatte die Institutionalisierung des sorbischen Kulturlebens zur Folge. Im Zuge dieser Entwicklung gingen aus den einstigen Jungen der Recheschen Lehrerbildungsanstalt Löbau ein namhafter sorbischer Wissenschaftler und zwei bewährte sorbische Pädagogen hervor. Wahrscheinlich hätte Walter Reche nach den Erfahrungen seines wechselvollen Lebens diese Nachricht positiv aufgenommen.

